

P1.81. Stellenplan, Personalpolitik

91221

Behinderte Angestellte bei der Stadt Dietikon

Beantwortung Interpellation

Rosmarie Joss, Mitglied des Gemeinderates, und 9 Mitunterzeichnende haben am 14. Mai 2009 folgende Interpellation eingereicht:

"Im Jahr 2008 waren 5.3% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der Schweiz behindert. Gerade für Personen, welche nicht vollleistungsfähig sind und individuell angepasste Stellen benötigten, sind in ihrer Stellensuche fast aussichtslos. Anstatt dass diese ihre Fähigkeiten einbringen können und somit gar keine Rente oder nur eine Teilrente beziehen müssten, werden sie heute häufig vollständig in die Invalidität gedrängt. Die Invalidenversicherung (IV) kann zwar teilweise das ausfallende Einkommen ersetzen, aber das Fehlen eines Arbeitsplatzes und der damit verbundenen sozialen Anerkennung führt bei den Behinderten häufig zu fehlender sozialer Integration, Frustration und psychischen Problemen, was deren Situation nur zusätzlich verschlechtert. Reicht die Rente der IV zum Leben nicht aus, müssen Gemeinden und Kantone mit Ergänzungs- und Sozialleistungen in die Bresche springen.

Damit die IV und auch Gemeinden und Kantone entlastet werden können, braucht es dringend mehr Stellen für Behinderte, so genannte Integrationsarbeitsplätze. Die öffentliche Hand sollte hier ein Vorbild sein, um auch private Unternehmen zu motivieren vermehrt ihre soziale Verantwortung zu übernehmen und behinderte Angestellte zu beschäftigen.

Fragen:

1. *Wieviele behinderte MitarbeiterInnen beschäftigt die Stadt Dietikon?*
2. *Was für Massnahmen sind geplant um mehr Behinderte anzustellen?*

Mitunterzeichnende:

Anton Kiwic
Catherine Peer
Lucas Neff

Esther Tonini
Peter Wettler
René Stucki

Esther Schasse
Samuel Spahn
Rolf Steiner

Die Interpellation wird wie folgt beantwortet:

Die Stadt Dietikon beschäftigt derzeit keine Angestellten mit Behinderungen, die in irgendeiner Form Renten beziehen. Bei einer Mitarbeitenden wurde aufgrund einer körperlichen Beeinträchtigung eine angepasste Tätigkeit zugewiesen, um zu verhindern, dass eine Rente gesprochen werden muss.

Für Mitarbeitende mit gesundheitlichen Problemen wird versucht, in Zusammenarbeit mit der IV sowie den Unfall- und Krankentaggeld-Versicherungsgesellschaften, Lösungen zu finden, so dass möglichst für alle Personen ihren Fähigkeiten entsprechende Tätigkeiten innerhalb oder ausserhalb der Stadtverwaltung gefunden werden. So sollen sie ganz oder zumindest teilweise im Arbeitsprozess bleiben können. Die Früherfassung im Krankheitsfall und entsprechende Massnahmen im Sinne eines Casemanagements tragen zu dieser Zielsetzung entscheidend bei.

Sitzung vom 17. August 2009

Für die Beschäftigung von Personen mit Behinderungen sind gegenwärtig keine Massnahmen geplant und ein eigentliches Konzept liegt nicht vor. Es erscheint jedoch durchaus zweckmässig abzuklären, wo bei der Stadt Dietikon Stellen vorhanden sind, welche von Personen mit Behinderungen besetzt werden könnten und welche räumlichen, organisatorischen oder ablauftechnischen Anpassungen vorgenommen werden müssten. Das Personalamt soll deshalb Überlegungen anstellen, wo Stellen von Personen mit Behinderungen besetzt werden könnten und mit welchen Anpassungen zu rechnen wäre.

Der Stadtrat beschliesst:

Die Interpellation von Rosmarie Joss, Mitglied des Gemeinderates, sowie 9 Mitunterzeichnenden wird im Sinne der Erwägungen beantwortet.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Gemeinderat;
- Sekretariat des Gemeinderates;
- Personalamt;
- Stadtpräsident.

NAMENS DES STADTRATES

Otto Müller
Stadtpräsident

Daniel Müller
Stadtschreiberin-Stv.

AS 0817behinderte angestellte.doc

versandt am: